

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Preuß.-Berlin 2,50 M. im voraus zahlbar. Für Ostpreußen nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland und Ostpreußen 10.— M., für das übrige Ausland 12,50 M. jährlich. Deutsches Ausland, per Brief für Deutschland und Ostpreußen 17.— M. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Kurt Nothen 832-36, 2595 und 2596.

Die achtspaltige Nonparillseite oder deren Raum, sowie jede Wort-Anzeige, als auch die Familien- und Organisationsanzeigen werden laut angelegtem Anzeigen-Tarif berechnet. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Kurt Nothen 832-36, 2595-96, 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Hochverräter an der Arbeit.

Adel und Reichswehr.

Von militärischer Seite wird uns geschrieben: Im November 1918 räumte die Revolution im Moment mit der slavischen Disziplin in der Armee auf. Die noch russischem Muster geschaffenen Soldatenräte teilten sich mit dem Führer in die Befehlsgewalt. Der „Kerl“ hatte angehört, „Slave“ zu sein. Aber so schnell wie die Soldatenräte entstanden, so schnell verloren sie jede Bedeutung.

Ein Vergleich mit den russischen Soldatenräten nach der ersten Revolution ist interessant. Genau so wie bei den Russen gelang es auch in Deutschland den Offizieren, in kurzer Zeit die Nachtbeschlüsse der Soldatenräte so stark zu kämälern, daß sie so gut wie nichts mehr zu sagen hatten. Die Kerenski-Regierung, die auf Grund des Status quo baldigsten Frieden versprach, dachte unter dem Druck der Entente nicht daran, Frieden zu schließen. Im Verlauf von vier Monaten gelang es der russischen Führung, die fraglos in äußerst geschickter Weise die Soldatenräte im nationalen Sinne umstimmt, eine großartige Offensive in Galizien einzuleiten. Der verächtliche Kornilow ordnete auf eigene Verantwortung hin für Ungehorsam gegen Vorgesetzte die Todesstrafe an. So wurden die russischen Soldatenräte allmählich nur Operettenfiguren.

Und genau so ging es bei uns. Gleich im November 1918 trafen alle höheren Offiziere, die einige Monate vorher noch bereit waren, für „S. M. den Kaiser“ alle Sozialdemokraten im Hinterlande totzuschlagen, auf die Seite der neuen Regierung. Nur ganz vereinzelt nahmen einige Offiziere, die ihre Gesinnung von heute auf morgen nicht ändern wollten und nicht handeln konnten, ihren Abschied. Das waren die anständigsten Gegner. Die höheren abligen Führer aber und der gesamte Generalstab blieben. An ihrer Spitze stand Hindenburg. Eingeweihte Kreise knüttelten darüber die Räder. Gestern noch die Todfeinde der Arbeiterklasse, ständen diese Herren heute auf einmal auf dem Boden der Republik. Die Regierungssozialisten haben nicht, was gespielt wurde. Sie waren stolz auf diese Leute und wußten nicht, daß sie sich Häuse in den Berg setzten. Denn der plötzliche Uebertritt der hohen Herren war weder die angebliche Vaterlandsliebe, noch eine plötzlich erwachte Sympathie für die Republik. Die Herren wollten lediglich die Führung der Armee wieder in die Hände bekommen. Sie haben energisch und zielbewußt an diesem Plan gearbeitet, wurden aber bald die Herren der Lage und sind es auch heute noch.

Es gelang ihnen in ganz kurzer Zeit, alle verantwortungsvollen und entscheidenden Stellen zu besetzen. In ihrer Umgebung duldeten sie nur Gleichgesinnte. Auf dieser Basis wurde die Reichswehr aufgebaut mit einem durch und durch monarchistischen Offizierskorps. Ueberall wurde der Adel bevorzugt. Wenn man von Stellenbesetzungen und Ernennungen laß, suchte man oft vergeblich nach einem bürgerlichen Offizier. Der Friedensvertrag gab den abligen Herren dann die willkommene Handhabe, alle nichtliebigen, das heißt freidenkenden Offiziere, zu verabschieden. Ueber etwaige Ansehensfehler, die abspornen, wurde genau Bericht geführt. Alles war streng organisiert. Noch außen hin war man „hehal“, untereinander wurde über den guten Roske, der eitel und mit Blindheit geschlagen war, nur gepochelt.

Die Befestigung der Soldatenräte war eine der ersten Aufgaben, die sich die Herren stellten. Der Reichswehrminister wurde solange bearbeitet, bis er nachgab. Er war auf die Soldatenräte ohnehin nie gut zu sprechen, und so gelang es den monarchistischen Führern sehr schnell, die Ueberflüssigkeit der Soldatenräte nachzuweisen und ihre Abschaffung durchzusetzen. Roske war in den Händen seiner militärischen Umgebung wie welches Wachs. Von ihm konnte alles verlangt werden. Schon im Winter 1919 äußerte ein höherer Offizier, der zu seiner nächsten Umgebung gehörte: „Roske unterschreibt alles blind, was wir ihm vorlegen!“ Er hat mit dieser Aeußerung den Nagel auf den Kopf getroffen.

Ueber den bevorstehenden Putz waren natürlich alle höheren Kommandoetappen genau unterrichtet, so sie arbeiteten eifrig an diesem Werke mit. Eine Differenz

Konterrevolutionäre Machenschaften.

Lütjohann und Bischoff im Regierungsbezirk Stralsund.

Die beiden wichtigsten Organisatoren des Kappputsches, der General von Lütjohann und Oberst Bischoff, die durch den Reichsanwalt mit Haftbefehl und Siechbrief verfolgt werden, halten sich in voller Sicherheit im Kreise Franzburg im Vorpommerschen Regierungsbezirk Stralsund auf. Lütjohann hat dort die Fäden einer über das ganze Reich ausgedehnten neuen konterrevolutionären Organisation in der Hand, während Bischoff als der befähigste Organisator der Putzschritte auf seinen Reisen über das ganze Reich den Ausbau der Organisationen vollzieht. So wird nicht nur im Kreise Franzburg und im Regierungsbezirk Stralsund eine bewaffnete Macht für die Zwecke der Konterrevolution geschaffen, so sind nicht nur in Westfalen bereits mehr als 500 Studenten bewaffnet, so sind auch die gesamten Truppenorganisationen der Reichswehr in allerengster Beziehung mit dieser Zentrale der Konterrevolution.

Die preussische Regierung hat von allen diesen Vorgängen seit mehr als acht Tagen eingehende Kenntnis. Sowohl der Regierungspräsident von Stralsund als auch der Landrat des Kreises Franzburg haben dem Ministerpräsidenten Dr. Braun vor einer Woche in Berlin eingehenden Vortrag über die drohende Gefahr gehalten. Herr Braun hat die Zusicherung gegeben, daß er unter Androhung seines Rücktritts von der Reichsregierung sofortige energische Maßnahmen verlangen wird. Trotzdem ist bisher nicht das Geringste geschehen. Oberst Bischoff bewegt sich noch immer frei im ganzen Reich und Lütjohann ist ungefährdet auf den Gütern des Kreises Franzburg. Die zuverlässigen republikanischen Sicherheits- und Militärorgane sind vor den Verfolgungen der Konterrevolutionäre dort oben nicht mehr sicher. Fast allmählich gelangen nach Berlin neue Beschwörden, die selbstverständlich auch der preussischen und der Reichsregierung bekannt geworden sein müssen. Trotz alledem ist bisher nichts getan, um der Hochverräter habhaft zu werden.

Die Flüchtlinge des Ruhrgebiets.

(Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.)

Essen, 10. April.

Die Erklärung Watters, die wohl nur zum Schein auch den Namen Severing trägt, hat unter den Flüchtlingen des Ruhrgebiets große Enttäuschung hervorgerufen. Entgegen den mehrfachen Ankündigungen, die eine volle Sicherheit

entpann sich nur darüber, welche Zeit am günstigsten zum Ausbruch sei. Die meisten Führer hielten den Zeitpunkt jetzt noch nicht für gekommen. Sie waren in ihren Vorarbeiten noch nicht ganz fertig. Lütjohann und Ehrhardt wollten aber mit dem Kopf durch die Wand. Die anderen erklärten sich aus Vernunftgründen zwar dagegen, unternahmen aber nichts, um ihre Gesinnungsgenossen vom Ausbruch abzuhalten, geschweige denn gar, zu verurteilen.

So lagen die Verhältnisse in der Reichswehr bis zum 13. März 1920. So ist es auch heute noch. Der Adel hat den ganzen Apparat in seiner Hand. Er wird ihn auch unter der heutigen Regierung behalten. Was das bedeutet, ist wohl für jeden Republikaner klar. Die jetzige militärische Hauptstütze der Regierung, General von Seeckt, hat erst vor kurzem in Danzig erklärt, in welchem Sinne er die Reichswehr erneuern will. Für die „Abrechnung“! Dieser Mann wird der Republik, wenn die Regierung nicht fähig ist, von den bisher begangenen Wegen abzuweichen, noch gefährlicher werden, als Lütjohann.

Wie die letzten Ereignisse bewiesen haben, hat die Arbeiterklasse heute die tatsächliche Macht. Es liegt daher an ihr und ihrer Energie, daß die Reichswehr geläubert und zu einem republikanischen Instrument umgebaut wird. Die sofortige Entfernung und Bestrafung aller Offiziere, die direkt oder indirekt an dem Kapp-Butsch

der Teilnehmer an den Kämpfen in Aussicht stellt, enthält kein Wort von der Gewährung der Amnestie, gibt dagegen den Militärbehörden unbeschränkte Möglichkeiten zum Einschreiten gegen ihnen unbenannte Personen, von denen es wohl umfangreichen Gebrauch gemacht werden, da sie unter „verantwortlichen Führern und gewissenlosen Führern“ alle Teilnehmer an den Kämpfen ansehen. Anlässlich der Tatsache, daß die Standgerichte noch immer bestehen und Tag für Tag Personen zum Tode verurteilt werden, wird deshalb diese Erklärung nicht dazu beitragen, die im besetzten Gebiet übergetretenen Personen zur Rückkehr an ihre bisherige Arbeitsstelle zu veranlassen. Die Arbeiterschaft erblickt in der Erklärung Watters vielmehr den vollen Sieg der Militaristen, denen es wieder einmal gelungen ist, Severing für ihre Zwecke einzufangen.

Seit Donnerstag mittag ist der Personeneisenbahnverkehr nach dem besetzten Gebiet auf Veranlassung der englischen Besatzung eingestellt worden. Sie wollen den weiteren Zustrom von Flüchtlingen wegen der Ernährungsverhältnisse der Städte dadurch zu verhindern suchen. Von dieser Sperre werden jedoch nur wenige Flüchtlinge betroffen, da die meisten schon vorher das besetzte Gebiet betreten hatten.

Militärische Teilbereiten.

Von Münster aus wird die öffentliche Meinung, insbesondere aber auch die Regierung, unangenehm mit Lügen- und Fehndarstellungen bearbeitet, um doch noch das Verbleiben der Reichswehr in den schon besetzten Teilen und womöglich noch ihren weiteren Vorrücken durchzusetzen. Gleichzeitig wird auch versucht, die Standgerichte beizubehalten. So meldet der „Vorwärts“:

In Duisburg haben Verhandlungen wegen einer Neubildung der Standgerichte zwischen dem Zivilkommissar und dem Abschnittskommandeur von Wesel, General von Koch, stattgefunden. Die Standgerichte, deren Beibehaltung leider nicht zu erreichen war, werden nach dem Verhandlungsergebnis in Zukunft sich zusammensetzen aus einem Offizier, einem Berufsrichter und einer von den Gewerkschaften zu ernennenden Persönlichkeit.

Die Regierung hat sich ausdrücklich verpflichtet, die Standgerichte aufzuheben. Es ist also geradezu eine Ungeheuerlichkeit, daß die Watter-Bande jetzt noch den Versuch macht, Standgerichte neu zu bilden und eine nicht geringere Ungeheuerlichkeit, wenn sich wirklich organisierte Arbeiter zur Abwehrung berufen würden. Wir verlangen von der Regierung sofort Aufklärung, was sie getan hat, um jedes neue Attentat der weißen Terroristen zu verhindern. Wir fragen weiter, wann die Abberufung des Obersten Epp erfolgt?

betelligt waren, ist eine sehr mögliche Forderung. Sie kann jederzeit durchgeführt werden. In zweiter Linie haben wir die sofortige Wiedereinführung der Soldatenräte zu verlangen. Wenn diese erst wieder im Rechte eingeführt sind, wird die Vorherrschaft der Junker in der Armee um so leichter zu brechen sein.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß in keiner anderen Republik der Welt es möglich wäre, daß der Adel die bedeutendsten Führerstellen in der Armee inne hat. Und in keinem anderen Lande ist der Adel so exklusiv wie bei uns. Deshalb dürfen wir uns von diesen momentanen „Republikanern“ nicht blenden lassen. Sie lassen uns und spielen eine gewaltige Komödie. Sie reden alle miteinander unter einer Decke: Lütjohann, Seeckt, Oidershausen, Ecker, Watter usw. Heute sind sie Republikaner. Wenn sie aber erst fertig gerüstet sind und wir ihnen die Zeit dazu lassen, erschlagen sie uns, und das müssen wir verhindern.

Der deutsche Adel war die feste Stütze der absolutistischen Monarchie. Aber noch nie war er so geeinigt wie heute. Wir müssen ihn daher aus dem Deut, der Diplomatie und der Verwaltung hinausdrängen. Nur dann können wir leben. Erst wenn diese Leute zurückgetreten sind, wird kein Soldat mehr auf unbewaffnete Arbeiter schießen.

Wortbruch der Regierung?

Und wie geschrieben:
 Unter dieser Überschrift veröffentlicht der Minister Siebert in der Nummer des „Vorwärts“ vom 9. April 1920 einen Artikel als Antwort an unseren Gewissen. In diesem Artikel sind einige Unrichtigkeiten enthalten. Auf alles eingegangen würde zu weit führen. Der Artikel beweist aber schlagend, wie sich die Vertreter der Regierung von den militärischen Befehlshabern hinteres Licht führen lassen. So schreibt Herr Siebert in bezug auf die ersten (Wiesfelders) Verhandlungen:
 „Es ist deshalb unrichtig, wenn Herr Graf sagt, daß vereinbart worden sei, es sollten keine Truppen mehr anrücken. Die im Anrollen begriffenen Truppenteile mußten nach ihrem Bestimmungsort beordert werden. Maßgebend und ausschlaggebend war, daß keine Kampfhandlungen vorgenommen wurden. Dies ist seitens der Reichswehr in jenen Tagen gehalten worden.“

Also die Meinung Wiesberts geht dahin, daß die Reichswehr die ersten Wiesfelders Verhandlungen strikt eingehalten habe. Zum Beweise des Gegenteiles führe ich folgendes Erlebnis, das jederzeit nachgeprüft werden kann, an:

Der Vorsitzende des Aktionsausschusses Gelsenkirchen, der mit allen anderen Aktionsausschüßmitgliedern auf dem Boden der Wiesfelders Abmachungen stand, versuchte immer wieder, den Wiesfelders Beschlüssen Geltung zu verschaffen. Als die Frontmeldungen immer wieder lauteten: die Reichswehr hält keinen Waffenstillstand ein, wir müssen uns gegen dauernde Angriffe wehren, suchte er den Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, Herrn von Wedelsaedi, zu bewegen, mit Herrn von Waller oder mit Herrn Seering zu verhandeln. Der Oberbürgermeister sagte gern zu, konnte jedoch Herrn Seering nicht erreichen. Das Befreiungskomitee 8 antwortete dem Oberbürgermeister, es sei gewiss, daß eine neutrale Person zu vermitteln suche. Rumrucht hat der Vorsitzende des Aktionsausschusses den Oberlieutenant von Garg, einen Herrn, der mit dem Orden pour le mérite dekoriert ist, um seine Vermittlung. Dieser Herr erklärte sich bereit, als Parlamentarier wirken zu wollen. Mit einem Kausus versehen, fuhr er im Auto zur Kampfschleife der Arbeiterarmee. Dort gab man dem Herrn einen Begleiter mit, und beim Wschmitt Haffern überschritten die Parlamentäre die Kampfschleife.

Nach dem Bericht des Deutnants war der dort Befehlshende Hauptmann sehr erlaut, als er von einem Waffenstillstand hörte. Er habe nur Befehl: „Verschärfter Kriegszustand.“ Weidings sei man erlaut gewesen, als sich die Arbeiterarmee am Vormittage zurüdgezogen habe. Man sei auch nur vorsichtig gefolgt, da eine „Palle“ vermutet worden sei. Der Befehl „Verschärfter Kriegszustand“ wurde denn auch mit Minenwerfern, Flammenwerfern und aller modernen Kriegstechnik ausgeführt. Auf Befragen des Herrn Garg ließ sich der betreffende Hauptmann herbei, in Münster telefonisch einmal anfragen, ob Waffenstillstand eingetreten sei. Er konnte nur wieder antworten, daß Münster erneut den Befehl gegeben habe: „Verschärfter Kriegszustand.“ Nachdem der Oberbürgermeister von Wedelsaedi den Bericht des Oberleutnants erhalten hatte, versuchte er erneut, in Münster die Einhaltung des Waffenstillstandes zu erreichen. Erfolg wiederum negativ.

Wie gesagt, diese Angaben können auf ihre Richtigkeit jederzeit nachgeprüft werden. Die Zeitung der Reichswehr hat sich nicht an die Wiesfelders Abmachungen gehalten. General v. Waller wollte gegen die Arbeiter marschieren. Das beweist schon sein erstes Ultimatum, das als unausführbar zurückgezogen werden mußte. Herr Siebert aber schreibt: „Maßgebend und ausschlaggebend aber war, daß keine Kampfhandlungen vorgenommen wurden. Dies ist seitens der Reichswehr in jenen Tagen gehalten worden.“ Ein gut unterrichteter Minister!

Telephonspionage.

Die unter dem Belagerungszustand in Berlin noch immer ausgeübte Telephonspionage, die sich auch auf einen großen Teil der Zeitungen erstreckt, gibt zu immer erneuten Klagen über die Förderung des Verkehrs Veranlassung. Die Ueberwachung

des Telefons geschieht in so ungeklärter Weise, daß die Sprache nicht nur zeitweise, sondern mitunter völlig unterbrochen werden, so daß ein geregelter Telephonverkehr auf einzelnen Apparaten fast zur Unmöglichkeit wird. Das Postministerium erklärt sich für nicht zuständig und legt die Verantwortung auf das Reichswehramt. Dieses hat sich bisher zu der Angelegenheit noch nicht geäußert. Sollte sich hier wieder die Herrschsucht der Militärs geltend machen!

Helft den Opfern der Bewegung im Ruhrrevier! Der Verlag der „Freiheit“ erklärt sich bis auf weiteres bereit, Spenden entgegenzunehmen.

Dr. Cauffenberg begnadigt.

Hamburg, 10. April.
 Der Senat hat Dr. Cauffenberg, der im November vorigen Jahres zu einem Jahr Festungshaft verurteilt wurde, und der jetzt in Hamburg, dann in einer kleinen Festung in Sommeren seine Strafe verbüßt, den Rest der Strafe erlassen. Dieser Befehl ist eine Folge der Zulage des Senates in den Putschtagen Mitte März, daß Amnestie für politische Verbrechen eintreten sollte.

Wie kommt es, daß der Hamburger Senat Amnestie gewährt, während die deutsche Reichsregierung, deren Ehrenpflicht es wäre, eine allgemeine Amnestie für alle politischen Vergehen seit Bestehen der Republik zu erlassen, nichts davon verlauten läßt? Nachdem die Arbeiterklasse die Republik gerettet hat, ist es eine dringende Notwendigkeit, durch eine politische Amnestie den Willen der Regierung zu einem neuen politischen Kurs nach innen und außen zu dokumentieren.

Die agrarische Reaktion.

Während das nationalistische, gegenrevolutionäre Agrarierium in seinen großen Zeitungen das Kampfschloß Wemden zeigt, die Hopp und Rüttow mit samt ihren landwirtschaftlichen Verbänden aberschütten, geben sich diese gefährlichsten Feinde des deutschen Volkes in ihren Hochblättern, wo sie unter sich zu sein glauben, ehrlicher und offener. Das „Nachrichtenblatt des Deutschen Landbundes“ ist gefüllt mit Artikeln und Ausfragen, die von Liebe für die kapitalistische Rottdrenner, die nur schäufste heilhe Vaterlandsliebe leidet, und von wildem Haß gegen die Arbeitslosen glücken. Der Genossenschaft hat es ihnen angetan. Schmachthafte Wert und brennende Nachsuch; poaren sich in einem Aufruf des Deutschen Landbundes, der mit folgender Parole schließt:

„Den Anmenschen, welche zur Durchführung ihrer selbsttätigen Machtgelüste nicht bauer zurücktreten, Tausende ihrer eigenen Volksgenossen dem Hunger und Elend auszuliefern, darf kein Korn, keine Kartoffeln, kein Fleisch und kein Fett geliefert werden, weil jede ordnungsmäßige Verteilung in Zeiten des Kulturdes verlohnt wird.“
 Deutsche Bauern, schart Euch um Euer selbstgewähltes Führer! Ihr habt eine entscheidende, gewaltige Waffe gegen den Generalkrieg in der Hand. Je einmütiger und geschlossener Ihr Euch künftige dem Volkverbrechen des Generalkriegs entgegenstellt, desto schneller bringt Ihr Rettung und Befreiung den Arbeitswilligen und Anspuhigen!“

Mit den „Armenschen“ sind nicht die Rüttow und Lubendorf gemeint, sondern die freitenden Arbeiter. Und die Arbeiterklasse soll diese Drohung nicht unterschätzen. Aus einer Kollie des gleichen Wortes, die schon vor einigen Monaten erschien, ging hervor, daß die Schafmocher unter den Landwirten den Lieferkreis für den Haß revolutionärer Bewegungen planmäßig organisieren. Angesichts solcher Drohungen bekommt der Punkt 7 der ersten Forderungen der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien erhöhte Bedeutung. Er fordert: Wirkhame Erschaffung und gegebenenfalls Entleerung der verfügbaren Lebensmittel und stärkste Bekämpfung des Wucher- und Speichertums in Stadt und Land. Sicherung der Erfüllung der Nahrungspflicht-

lungen durch Erhebung von Lieferungsverbänden und Verhängung höherer Strafen bei böswilliger Verletzung dieser Verpflichtung.“

Wie kommenden Worten kündigt das Blatt den heftigsten Widerstand des Landbundes gegen die Arbeiterklasse und eine unter ihrem Einfluß stehende Regierung wie überhaupt gegen jede Regierung an, die dem wucherischen Agrarierium nicht bedenkenlos zu willig ist. Soll die großhändlerische arbeitende Bevölkerung dieser macht- und geldhungrigen Gesellschaft nicht eines Tages preisgegeben sein, so muß die organisierte Arbeiterklasse ihr Augenmerk auch auf diese Bestrebungen richten und alles daran setzen, daß die oben zitierten Forderungen schnellstens Wirklichkeit werden.

Eine Fallmeldung.

Der „Vorwärts“ gibt eine Neuherung des belgischen Sozialdemokraten de Brouckere auf dem belgischen Parteitag wieder. Danach hätte Brouckere gesagt:

Ich war vor einigen Tagen in Berlin inmitten des revolutionären Streites. Die unabhängigen Sozialdemokraten verlangten eine sozialistische Regierung, welche die Verstaatlichung der Bergwerke durchzuführen würde.

Ich fragte Hilferding: „Und dann? Werden Sie nichts weiteres machen?“ Er erwiderte mir: „Aber wissen Sie denn nicht, daß man sechs Jahre braucht, um die Verstaatlichung der Bergwerke durchzuführen und daß eine Regierung, so revolutionär sie auch sei, auch das praktisch Mögliche berücksichtigen muß?“

Ich vermutete, daß die Neuherungen Brouckeres mißverstanden wiedergegeben sind. Jedenfalls habe ich mich nie dahin geäußert, daß man für die Verstaatlichung der Bergwerke sechs Jahre benötige. Ich habe von je den Standpunkt vertreten, daß die Sozialisierung der Bergwerke sofort in Angriff genommen und in kurzer Zeit restlos durchgeführt werden kann. Diese Ansicht wurde übrigens nicht nur von der Mehrheit der Sozialisierungskommission, sondern, soweit mir bekannt, von der weitläufig überwiegenden Mehrheit der Sozialisten aller Richtungen geteilt. Die sofortige Durchführung der Sozialisierung ist ja jetzt wieder von den Gewerkschaften und Angehörigenverbänden mit allem Nachdruck gefordert worden. Wenn der betreffende Mitarbeiter des „Vorwärts“ einen Moment lang überlegt hätte, hätte er selbst sehen müssen, daß die mir in den Mund gelegte Neuherung über die Zeitdauer der Sozialisierung des Bergbaues unmöglich stimmen könne. Daß zur völligen Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft ein längerer Zeitraum erforderlich ist, mag ich gefolgt haben, und auch das ist wohl allgemeine sozialistische Ueberzeugung. Eine genaue Zeitangabe habe ich nicht gemacht, die Durchführung der Sozialisierung ist kein Termingeschäft.

Daß ich aber hinzugesagt hätte, hätten wir eine revolutionäre Regierung, wir würden nichts weiter als die Sozialisierung des Bergbaues machen, stimmt erst recht nicht. Und auch der „Vorwärts“ müßte sich sagen, daß eine solche Neuherung unmöglich gefallen sein kann. Was eine sozialistische Regierung an Forderungen unmittelbar durchzuführen hätte, ist in dem bekannten Aufruf unserer Parteileitung klar formuliert worden, und diese Formulierung entspricht sowohl dem, was revolutionär, als dem, was das „praktisch Mögliche“ ist.

R. Hilferding.

Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. Ein Entwurf über Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit ist der Nationalversammlung vorgelegen. Danach wird die Militärgerichtsbarkeit, abgesehen von den Strafverfahren in Kriegszustand und gegen die am Bord von Kriegsschiffen eingesetzten Angehörigen der Reichsmarine aufgehoben. Mit der Gewerkschaft geht auch die Strafverfolgung auf die bürgerlichen Behörden über, ebenso fällt mit der Militärgerichtsbarkeit auch das Reichsmilitärgericht fort. Alle werden den Entwurf noch einer ausführlichen Besprechung unterziehen.

Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen wird voraussichtlich Ende Juni oder Anfang Juli stattfinden und zwar sollen für die einzelnen Gebiete zeitlich getrennte Abstimmungstermine festgelegt werden. Für Ostpreußen mit Ausnahme des Kreises Allenstein wird bisher der 27. Juni als Abstimmungstermin angesetzt.

Ein Volk, das hilft . . .

Ein Vetterlied, ein armes Lied,
 Die Jugend wehlt, die Jugend stirbt.
 Ein Hungerlied, ein bitter Lied,
 Das Elend greint, die Freude flieht,
 Und alle junge Saat verdirbt.

Der Mütter Leid, das fließte Geld.
 Es darbt die Brut in ihrem Nest.
 Die Brust verzieht. Der Sängling schreit:
 Grippe laugt die grüne Zeit,
 Gespenstlich schleicht die Hungerpest.

Ein Volk, das hilft, ein Volk, das gibt!
 Und brüderlich des andern denkt.
 Das ist Gesang, der nicht zerfällt;
 Ist stolze Kraft, die wirkend liebt
 Und neues Sein der Erde kennt.

Bruno Schönant.

Das obenstehende Gedicht ist ein Ausdruck des Dankes, den dem die Herzen deutscher Proletariatskämpfer für die Ausländer, hauptsächlich für die Dänen erfüllt sind, die sich in selbstloser Weise ihrer unterernährten Kinder annehmen. Seit vielen Monaten rollen die Kinderzüge über die deutsche Grenze in das geliebte Dänemark, das die Bleichen, hohlwangigen, abgegrichteten kleinen Opfer des ungeligen Krieges und der grausamen Notlage mit offenen Armen empfängt. Sie gleich einer schützenden, nährenden Mutter an seine Brust nimmt, um sie nach acht Wochen sorgfältiger Pflege rosig und wohlgenährt wieder nach Hause zu schicken. Aber es nicht der Körper allein, dem diese fremde gebotene und freudig entgegengenommene Gastfreundschaft zugute kommt, es sind daneben auch Herz und Gemüt, die davon gestärkt und befeuchtet werden. In all die Kinderherzen, die dieser selbstlosen Liebe würdevoll wurden, ist für immer der Same der Nächstenliebe, der Menschenliebe gesät, der in späteren Jahren reife Früchte zu bringen vermag. Und auf die Eltern dabei, deren ihre geschiedenen Neugeborenen, manchmal sogar vom sichern Tode errettet, wiederkommen, fällt ein Abglanz des Lichtes und der Wärme, die von jeder guten Tat ausstrahlt.

Tausend Hände spinnen sich zwischen den Familien an, die mit der Zeit zu neuen Familien werden, nicht nur die Kinder, sondern auch die Eltern, denn auch diese erlangen

immer nach denselben neuen Werten, an die sie sich gewöhnt haben.

Die dänischen Gewerkschaften haben wohllich mit der Organisation dieses Hilfswertes großes getan, besonders Vater Nielsen, der es in ausdauerndster Weise mit seinen gleichgesinnten Mitarbeitern leitet, der nimmermüde von Kopenhagen nach Berlin, von Berlin nach Kopenhagen eilt, überall selbst nach dem rechten sieht und keine Mühe und keine Kosten scheut, damit die Transporte fließen. Und um welche Summen es sich dabei handelt, beweist allein der Umstand, daß die dänischen Gewerkschaften nur für die Reisen der deutschen Kinder im Laufe des Winters 1.400.000 M. gezahlt haben.

Wachte sich doch die Völkerverbrüderung allerorten in so edler und werthvoller Weise kundgeben. Luise Kaustiz.

Neues Volkstheater.

„Das Paradies.“

Im „Neuen Volkstheater“, das sein schönes Heim in der Adenauer Straße an einer Anfangsstätte der Volkshöhe aufschlug, hatte die „Gefangung auf Segen“ sich bisher nicht ganz erfüllt. Jetzt hat man es mit dem neuen Schauspiel eines jungen Autors versucht, das den gleichfalls vielversprechenden Titel „Das Paradies“ führt. Eine dramatische Konstruktion, deren düsteres Geleit der poetische Ueberwurf nur stellenweise deckt, aber doch, auch ein Theaterstück, das bei dem gestern sehr literarisch durchgeführten Publikum Anklang fand. Auch in Halle hatte es sich nach einem bloß nationalitätlichen Theaterabend durchgesetzt, und es ist schon möglich, daß es auch hier breitere Kreise interessieren wird.

Ein Werk und ein Wort der großen starken jungrevolutionären Volkskunst, wie wir sie nach Form und Inhalt neu erkennen, ist es nun freilich ganz und gar nicht, sondern nur ein Produkt modern gefärbter Stimmungen aus unserer Kriegs- und Uebergangszeit. Der Verfasser Hans J. Rehlisch streicht aus Völkermord und unmenschenlicher Selbstverleugung zu einem Reich Gottes auf. Er schildert im Sinne Rousseaus und Tolstois eine neue Gemeinschaft kriegerischer Menschen, Weib aber in der Ideologie befangen, die solche oft verurteilten ethisch kommunistischen Bindungen fast immer an der rauhen Wirklichkeit scheitern ließ. Bei Rehlisch sind es fünf ganz verschiedene Charaktere. Ein deutscher Offizier, ein russischer Großfürst, ein französischer Arbeiter, ein polenischer Arbeiter, der aus dem Kampf zu kommen möchte, ein Edelmännchen und ein Feind, die

staatsliche Obrigkeit, militärischer Gewalt und kaiserlichem Pöbelschum entronnen sind, um sich auf einer neutralen Gebirgshöhe in einer primitiven Blockhütte ein neues Gemeinschaftsleben zu bauen. Als aber Freude über Waffenstillstand brausen in der Welt eingeläutert wird, da laufen sie wieder rings aneinander, jeder seiner eigenen heimlichen Bestrebung nach. Es sind zumeist kümmerliche Bestrebungen, diese Rücksicht, die sich da oben in schlecht verheißtem Argwohn und unzufriedenem Selbstbetrug tummeln. Schon vorher spielte ihr sozialistisches Gemeinschaftsleben ein Wüßchen, das wie eine Wald- und Wiesenfee in diesen Männerbund hineinschneit und — erst Eise, Rauch, Dampf aus Pappas und Klautende ein Märchenwelt — sehr bald als lodende und odere Tänzerin des Varietés, jeden einzeln umstrickt, jeden allein an ihre Rede glauben läßt und gegen die anderen treibt. In diesem mädchenhaft echten Wanderspiel birgt bei leichter Komik sich ein heftiger Sinn großer und feilscher Geheimnisse als in den die geringe Handlung umrankenden ethisch politischen Situationen, die nur Programmreden aneinander vorbei sind. Reihendes ist auch hier — wenn auch nicht gerade selbständig — geistig und poetisch erregt, aber Ansätze zu künstlerischer Gestaltung finden sich nur rings um die Zone der Frau. Die Schulfrage nach ihrem mythischen Tod verjettelt den dritten Akt mit seiner tribalen Lösung, daß die Zeit noch nicht reif sei und der wahrhaft gute Mensch erst noch geboren werden müsse.

Was in diesem Drama weiblich durcheinanderflingt und talentvoll ans Licht drängt, hätte die Regie schwellender herausheben müssen. Sie begnügt sich aber mit dem Notwendigsten, wobei mancherlei zu kurz kam. Zwischen den harten Umriffen eines normalen Zusammenspiels der Männer (Pabst, Seierle, Fride seien genannt) leuchtete die schmieglame Kunst aller Welttheater die Orluffs auf und in Hans Thwarthmanns schmählichen Gebärden verstrickten letus Heide Traummelodie. Erich Baron.

1913, ein (amerikanisches) Stück von Karl Steinhilber, das gestern im Kleinen Schauspielhaus bei fälliger Wiederaufnahme. Wir werden über das Werk und die Darstellung in einer der nächsten Nummern berichten.

Ein Kille-Abend von Hans Heinrich von Twardowski findet am Montag, den 12. April, abends 7 1/2 Uhr, ein Varietätsabend von Prünze Kaloff und Konrad Czert am 13. April, 8 Uhr, im Saal der Berliner Gesellschaften.

Die Zustände im Voglande.

Da nach den neuesten Meldungen die sächsische Regierung beschlossen hat, gegen den Falkenstein-Kommunistenführer Hölz mit militärischen Nachmitteln vorzugehen, besteht die ernste Gefahr, daß es auch im Voglande, ähnlich wie im Ruhrgebiet, zu blutigen Konflikten kommt. Die bürgerliche Presse ist in den letzten Wochen voll von Schreiermärchen über den Mäuerhauptmann Hölz und sie erfüllt damit getreu ihre Aufgabe, die Regierung und die militärischen Organe scharf zu machen gegen die Arbeiterschaft des Voglandes. Denn daß bei einer militärischen Aktion gegen Hölz nicht nur dieser, sondern die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft getroffen wird, ist nach allen Erfahrungen als gewiß anzunehmen.

Sicher ist, daß Hölz durch sein eigenmächtiges Vorgehen nicht nur den Värgern eine heillose Angst einjagt und so den "Vollschmiedensführer" nährt, sondern auch den Interessen des revolutionären Proletariats zuwiderhandelt. Die proletarischen Aktionen verlangen geschlossene Kampffronten, Unterordnung unter die allgemeine Parole. Jedes Ausder-Reihe-langen bedeutet eine Schwächung und Schädigung des revolutionären Kampfes. Das haben auch die eigenen Bestimmungsgenossen des Hölz eingesehen. Die Kommunisten verurteilen die Unselbstständigkeit des Hölz gegenüber der Gesamtpartei aufs schärfste. Sie sagen ganz richtig, daß die Revolution nicht in Chemnitz und nicht in Falkenstein gemacht wird. Die Arbeiterschaft des Voglandes will aber um keinen Preis ein bemaffnetes Eingreifen und verpöchtelt sich, mit Hölz allein fertig zu werden.

Die Plauener Arbeiterschaft hatte am Donnerstag vier Versammlungen veranstaltet, in denen der Vollzugsausschuß Bericht über seine letzte Tätigkeit erstattete. In allen vier Versammlungen, die sehr stürmisch verliefen und in denen die Mitglieder des Vollzugsausschusses als "Feiglinge", "Berräter", "Lampen" u. dgl. bezeichnet wurden, erschien auch Hölz. Eine vom Vollzugsausschuß vorgelegte Resolution, die die Taktik des Hölz aufs schärfste verurteilt und fordert, daß dieser sofort seine Tätigkeit in Plauen einstellt und alle Maßnahmen dem Vollzugsausschuß überläßt, widerstandslos der Vollzugsausschuß zugunsten wurde abgelehnt. Dagegen wurde eine Resolution angenommen, die sich mit den Handlungen von Hölz voll und ganz einverstanden erklärt und ihm das volle Vertrauen der Arbeiterschaft ausspricht. Daraus ist der Vollzugsausschuß zurückgetreten. Diese Stellungnahme der Plauener Arbeiterschaft ist sehr zu bedauern, da sie eine geordnete Abwicklung des bestehenden Zustandes unmöglich macht und der sächsischen Regierung den erlebten Vorwand zum militärischen Einmarsch gibt.

Wer ist Hölz?

Unser Döbener Parteikollege bringt eine ausführliche Schilderung der Persönlichkeit des Kommunistenführers Hölz aus der Feder eines bürgerlichen Journalisten. Das Bild, das hier von Hölz gegeben wird, ist sehr objektiv und steht in vorteilhaftem Gegensatz zu den Kennzeichnungen der bürgerlichen Presse. Hölz rechtfertigt sein Vorgehen folgendermaßen:

Der Aktionsausschuß ist hier (in Falkenstein. Nach der "Freiheit") Herr der Lage. Der Bürgermeister, der Landrichter und andere sind weggekauft. Nun fehlt man auf meine Erregung eine Belohnung von 2000 Mk., denn von 4000 Mk. schließlich von 80 000 Mk. aus. Durch die Verfolgung und durch den Ruf, den ich gesetzt, habe ich mir eine gewisse Popularität verschafft. Daher glaube ich: Wenn der Hölz an der Spitze steht, geht die Sache. Das ist natürlich bürgerliche Ideologie, aber es wurde hier und dort der Wunsch laut, ich möchte diesen oder jenen Ort besuchen und sprechen. Ich bin noch nie in einem Ort gewesen, wo es nicht von der Einwohnerlichkeit verlangt worden ist.

Nach Marxneulichen bin ich gegangen auf Vorschlag der Arbeiter und Oelschneider Aktionsausschüsse, um die Bürgerwehr in Marxneulichen zu organisieren. Nur als Pfand für die Ablieferung der Waffen habe ich mir 100 000 Pf. geben lassen. Sie sind wohlverwahrt und werden nicht angerührt, vielmehr zu gelegener Zeit zurückgegeben werden. In Plauen handelte es sich um Befreiung politischer Gefangener. Das verlangte die bürgerliche Arbeiterschaft und das Interesse der

„Das Ghetto.“

Rein Wilkes sieht mehr die moderne Fußgasse als den übrigen Menschen; fast inmitten der Stadt liegt sie, und doch ein eigenes Viertel.

In einer Straße, die zu den letzten Nebengassen des Scheunenviertels gehört, haufen sie, inmitten von Dienen und Bedienten und ordnen sich ihnen durch die Genirufkraft bürgerlicher Moral von der Gesellschaft auszuscheiden; hierher haben sie sich gerettet von den Regimen Polens, der Ukraine und der Krin, herber trug ein kleiner Splinter von dem Leibe des ausgemerkten und verachteten Volkes den Gram generationenlangiger Verfolgung. Aus ihren Augen kucktet die Schammut und das Wissen um die Not ihrer Rasse und die Sehnsucht nach dem Lande ihrer Verheißung, aber auch das Wissen um alle Dämonen und alle Schicksalsgeister der Welt und ihre Körper tragen die Zeichen Jahrhundertwender mühevoller Jugend.

So wie sie aus dem Osten kamen — mit langem Kaffian und hohen Ziegen — so stehen sie hier in Gruppen auf der Gasse. Und ihre Frauen tragen noch nach alter Sitte eine Perücke, weil man ihnen bei Eintritt in die Ehe das Haar schor.

Sie reden ihre eigene Sprache, sie leben ihr eigenes Leben mit ihren eigenen Sitten und ihren eigenen Sorgen. Aber eine Sorge haben sie gemein auch mit der bürgerlichen Gesellschaft, die sie verachtet und verhöhnt: Geld! Dieses elende schmutzige Geld, um dessenwillen sie Verfolgung, Haß und Tod tragen seit Beginn der Welt — es ist ihnen mehr als Mittel zum Leben: Es ist ihnen Mittel zur Macht, zur Eroberung jener Gesellschaft, die sie verachtet, Mittel, um herauszukommen aus dieser Gasse, um das Bittertief einzutreten, das noch immer unsichtbar steht und sie verflucht.

Geld! Geld! Und darum stehen sie auf der Straße in Gruppen und wispeln und flüchern, massen und feilschen miteinander. . . .

In Schauplatzhaus spricht über „Oesterreich im neunzehnten Jahrhundert“ in der Reihe der Sonntag-Mittag-Berichtungen am 2. Mai Schriftsteller Hermann Kienzl. Die historischen und musikalischen Vorführungen umspannen den kulturgeschichtlichen Zeitraum des 19. Jahrhunderts, darunter eine Szene aus Heinrichs „Alpenkönig und Menschenfreund“ mit Max Fallenberg als „Knapplütz“. Lillian von Oranfels von der Staatsoper trägt wieder von Hugo Wolf und Mahler, das Klavier-Orchester spielt Schuberts C-Moll-Sonata und Cdur-Sonate von Johann Strouy etc. Dichtungen von Gellert, Senau, Gellert und anderen werden von Zella Bülte und der Opernsängerin

besprochen. Die Plauener Aktion haben wir nur gefordert, um die Spitze kennen zu lernen, die gegen uns verdrängt. Verschiebung von ihnen sind eingeleitet worden. Die Aktion sind nicht vernichtet worden. Die Festigung der Richtung der Neuen Vogländischen Zeitung ist erfolgt, weil das Blatt von wahren Nachrichten verbreitet und dazu aufgefordert hat, sich festzusetzen.

Hölz versichert mit Nachdruck, daß seine rote Garde keine Mäuerhande sei und daß er gegen verbrecherische Elemente erhaltungsfähig vorgehe. Ueber seine Ziele und seine Ideale äußerte sich Hölz wie folgt:

Solange es der Regierung nicht gelingt, die sogenannte bürgerliche Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen, solange wird es ihr auch hier im Voglande nicht gelingen. Wählt es der Regierung, durch Waffengewalt die Zustände im Ruhrgebiet zu ändern, dann wird es ihr möglich sein, auch hier mit Waffengewalt einzugreifen. Was aber dadurch für Vogland heraufbeschworen würde, steht auf einem anderen Blatt. Der Gedanke der Freiheit hat sich zu tief in die Herzen der Arbeiterschaft eingegraben — sie will mehr davon! In dem Augenblick, wo die Regierung Reichswehrtruppen schickt, werden wir den Generalstreik proklamieren, den schicksallosen Generalstreik. Die letzte Apotheose wird geschlossen. Wenn das den Vormarsch nicht aufhält, werden die Wägen und Staatsgebäude niedergebrennt und zwar, weil wir dem weißen Terror nur den roten Terror entgegenzusetzen können. Die Gewalt, die gegen uns angewendet wird, kann nur mit Gewalt gebrochen werden. Wir selbst wenden keine Gewalt an gegen die Regierung. Wir denken nicht daran, irgendetwas gegen sie zu unternehmen. Selbst wenn unsere rote Garde 10 000 Mann stark wäre, würden wir es nicht tun. Es ist nicht notwendig, einen einzigen Mann zu opfern im Kampf gegen die Regierung. Sie führt sich selbst durch ihre Maßnahmen. Ich glaube, daß nur eine gewalttätige Auseinandersetzung möglich ist. Eine Verständigung mit der Regierung kann es nicht geben.

Alle diese Ausführungen beweisen, daß Hölz, mag er auch von den besten Absichten befeelt sein, mag er auch alles andere als ein Mäuerhauptmann und persönlich durch und durch ehrenhaft sein, eine ernste Gefahr für die revolutionäre Bewegung bedeutet. Die sozialistische Arbeiterschaft hat sich mühevoll und unter schweren Schlägen herausgearbeitet aus der überlebten bürgerlich-revolutionären Anschauung und ist eben jetzt zu machtvoller, gemeinsamer Handlung gekommen. Es ist deshalb unmöglich, daß mit den Mitteln des schärfsten Terrors eine nebenwärtliche Position gehalten wird, deren Verteidigung weite Arbeiterschaft in blutige Verwicklungen führen kann. Die Arbeiterschaft des Voglandes kann daher nichts Besseres tun, als von Hölz abzurufen und ihn zu isolieren. Sie wird damit bitteren Enttäuschungen und schweren Niederlagen vorbeugen.

Eine kraftlose telegraphische Verbindung zwischen den Vereinigten Staaten und Belgien ist eingerichtet worden, die aber vorläufig nur für den telegraphischen Dienst nach Belgien verwendet werden kann.

Eisenbahnerstreik in den Vereinigten Staaten. Times meldet aus New York: Wegen der Entlassung eines Beamten in Chicago ist auf 25 Eisenbahnlinien, die in Chicago enden, ein Streik der Arbeiter und Maschinen ausgebrochen. 60 000 Mann sind arbeitslos. Durch diesen Streik ist die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung von Chicago ernstlich gefährdet.

Kritische innerpolitische Lage in Ungarn. Die innerpolitische Lage hat sich wieder kritisch gehalten, weil die Friedrichs-Gruppe eine Spaltung in der Christlich-Nationalen Partei hervorgerufen hat. Es scheint, daß eine Veränderung in der Ministerpräsidenten-Kandidatur notwendig werden wird. Graf Apponyi, der Führer der ungarischen Friedensdelegation, hat veräußert eine Verurteilung zum Ministerpräsidenten abgelehnt. Man glaubt, daß der Präsident des Abgeordnetenhauses, Stefan Rakowsky, der nächste Chef des Kabinetts sein wird.

Aus der Partei.

Ein Konflikt in Hamburg.

In unserer Parteiorganisation in Hamburg ist es aus Anlaß der Vorgänge während des Marx-Büchles zu einem bedauerlichen Konflikt zwischen der Mitgliedschaft und der Parteiführung gekommen. Die Verhandlungen sind hauptsächlich entstanden wegen der Proklamierung eines Generalstreiks zwecks Verhinderung der Enttarnung von Arbeitern, die die unsere Arbeiterschaftsfraktion mit Ausnahme von zwei Mitgliedern sich gleichfalls ausgesprochen hatte. Dies führte dazu, daß eine Parteiverammlung als Mitglieder der U. S. P.-Fraktion der Hamburgischen Arbeiterschaft das Verbot einzog und sie zur Niederlegung ihrer Mandate aufforderte.

Das Zentralkomitee, das um Schlichtung des Streites angegangen wurde, hat seine Stellungnahme wie nachstehend präzisiert:

1. Die Entscheidung in der Streiffrage kann nicht gefällt werden von der Mitgliedschaftsversammlung eines einzelnen Ortes, sondern nur in einer Zusammenkunft von Vertretern der Partei aus allen Orten des Hamburgischen Staatsgebietes.
2. Die Frage ist deshalb den Delegierten aus dem Osten des Hamburgischen Staatsgebietes zu unterbreiten, die für den Bezirksparteitag am 22. und 23. April in Hamburg gewählt werden.
3. Bis zur Entscheidung durch die Hamburger Delegierten des Bezirksparteitages darf kein Mitglied der Arbeiterschaftsfraktion und kein sonstiger Funktionär der Partei aus Anlaß des Streikfalles sein Amt niederlegen.
4. Zu dem Bezirksparteitag wird ersucht, alle Vertreter des Zentralkomitees Genosse Däumig. Ferner sollen ersucht werden dem Bezirksparteitag beizutreten als Vertreter des Vertrauens Genosse Dörmann, als Vertreter der Kontrollkommission Genosse Rod.

Dieser Beschluß des Zentralkomitees ist sofort in Hamburg durch die Parteipresse zur Kenntnis zu geben und alle Genossen sind verpflichtet, für seine strikte Einhaltung zu wirken.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Crispian. Däumig.

Aus der Parteipresse.

Heft Nr. 11 der Wochenschrift „Der Arbeiter-Kampf“ ist soeben erschienen. — Aus dem Inhalt: Waffenstillstand von Erz Stenberg. Die Wirtschaftspolitik der russischen Kommunisten von J. Eisenberger. Der Klassenkampf in England, Ungarn als Mäuerrepublik von Dr. Jul. Röjes. Der politische Führer von Rudolf Horst. „Der Arbeiter-Kampf“ ist zu beziehen durch jedes Postamt, durch alle „Freien“-Expeditionen, die Buchhandlung der „Freiheit“, Breite Straße 5/6 oder direkt vom Verlag „Der Arbeiter-Kampf“, Berlin G 26, Mühlentorstraße 24. Preis für ein Monatsabonnement 2.50 Mk. für ein Vierteljahresabonnement 10.50 Mk. für ein Jahresabonnement 35.00 Mk.

Gewerkschaftliches.

Die Fristen des Betriebsrätegesetzes.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Aus Arbeitnehmerräten ist an das Reichsarbeitsministerium die Anfrage gelangt, wie es mit Rücksicht auf die Ereignisse der letzten Wochen bezüglich der Innehaltung der für die Betriebsräte wählenden gesetzlich vorgesehenen Fristen steht. Vieles ist die Innehaltung der Fristen für die Einleitung der Wahlen, für die Einreichung von Vorschlagslisten, für die Stimmausgabe usw. nicht möglich gewesen.

Soweit die Einleitung der Wahlen noch nicht erfolgt ist, kann und soll sie nunmehr unverzüglich erfolgen. Die in der Wahlordnung vorgesehenen Fristen für die Einleitung der Vorschlagslisten usw. sind nur Mindestfristen. Soweit sie nicht innegehalten werden können, wird es Sache der Wahlvorstände sein, für eine angemessene Verlängerung, gegebenenfalls Erneuerung der Fristen Sorge zu tragen.

Maier, Radierer, Kustodier! Am Sonntag, den 11. April, vormittags von 10—12 Uhr, findet in den bekannten Lokalitäten die Urabstimmung über die Erhöhung der Umverteilungssätze und des Beitrages statt. Wer Interesse an der Ausgestaltung der Gewerkschaften zu revolutionären Kampforganisationen hat, muß sich an der Abstimmung beteiligen und stimmt für den Vorschlag der Ortsverwaltung und der Vertrauensleute, den sich auch die Mitgliederversammlung zu eigen gemacht hat, für einen Beitrag von 2.50 Mark.

Groß-Berlin.

Die Nachversteuerung der Tabakerzeugnisse.

Der Deutsche Zigarettenhändler-Bund, H. W. erucht uns, mitzuteilen: Das am 1. April 1920 in Kraft getretene neue Tabaksteuergesetz bestimmt: Alle am 1. April 1920 im Besitz oder Gewahrsam von Tabakherstellern, Groß- und Kleinhändlern befindlichen tabaksteuerlichen Erzeugnisse sind sofort nachzuversteuern. Am 1. April hatte eine Bestandesaufnahme zu erfolgen, und die vorhandenen Vorräte müssen bis zum 8. April bei den zuständigen Behörden angemeldet sein. Durch die Rückbildung, mit der das Gesetz in Kraft getreten werden ist, ist über diese Bestimmungen sehr wenig bekannt geworden, insbesondere beim rauchenden Publikum. Dieses glaubt sich überfordert, wenn der Händler nun vom 1. April ab, insbesondere Zigaretten, Feinschnitttabak und zum Teil auch einzelne Baccasorten am Preise erhöht hat. Diese Erhöhung ist notwendig, da sonst der Händler die ganze Steuer aus der eigenen Tasche bezahlen müßte. Sie beträgt aber bei Zigaretten zum bisherigen Preise von 15, 20 und 25 Pfg. 47 Mark für 1000 Stk., für 50-Pfg.-Zigaretten 60 Mark, für 25-Pfg.-Zigaretten ebenfalls 60 Mark bzw. 85 Mark, für solche zu 40 Pfg. das Stk. 85 Mark, für 10 Pfg. und Zigaretten über 80 Pfg. 110 Mark für 1000 Stk., so daß diese Zigaretten naturgemäß sich so um 5 bis 15 Pfg. teurer stellen müssen. Der Händler ist laut Gesetz verpflichtet, nur zu diesen Preisen zu verkaufen. Die Raucher auf Zigaretten ist gezwungen und wird vom Handel sehr getrieben werden, bezüglich bei Wägen, Schnaps, und Kautabak.

Das Tabaksteuergesetz kennt aber bei Zigaretten nur ganz bestimmte Steuerbefreiungen und demgemäß Höchstverkaufspreise, z. B. 20, 30, 100, 120, 150, 180, 200, 250, 300 Pfg. und darüber. Der Händler ist verpflichtet, laut Gesetz nur zu diesen Preisen zu verkaufen, also Zigaretten in Zwischenpreisen aus vorherigen Preisen zu verkaufen und zu verkaufen. Auf Feinschnitttabak beträgt die Nachsteuer zu den heutigen Verkaufspreisen 20 Mark das Stk. Der Händler muß also diese Tabake um diese Differenz das Stk. im Preise erhöhen.

Die Kassenärzte stellen ein Minimum.

Der Zentralverband der Kassenärzte von Groß-Berlin hielt gestern Abend eine Hauptversammlung ab, in der er über die Neuordnung der Krankenversicherung Bescheid sagte. In einem einleitenden Bericht des Rechtsanwalts Joachim wurde ausgeführt, daß ein wichtiger Grund zur freilosen Kündigung im Sinne des § 203 des V.G.B. vorliegt. Nicht entscheidend dabei ist die Höhe der Versicherungsgrenze, sondern die Aufhebung der Begrenzung des Grundlohnes, da nur mit Rücksicht auf diese Begrenzung die Ärzte sich mit dem vereinbarten niedrigen Donator bei Abschluß des jetzigen Vertrages zufrieden gegeben haben. Auch die seit 1918 eingetretene Verringerung des Geldwertes gibt das Recht zur freilosen Kündigung. Einleuchtend und betriebe-er die juristischen Folgen, die aus der freilosen Kündigung entstehen können und kam zu dem Schluß, daß eine solche berechtigt ist und daher ohne Verzicht erfolgen kann.

Nach eingehender Erörterung wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Angesichts der bei Abschluß der letzten Verträge nicht vorausgesehenen und nicht vorausgesehenen Erhöhung der Versicherungsgrenze, angesichts der Verringerung der für die Bemessung der gegenwärtigen Kassenarzt-Donatore maßgebenden Grenzen der Grundlohnlinie, sowie angesichts der seit dem Vertragsabschluß eingetretenen außerordentlichen Entwertung des Geldes, hält der Zentralverband der Kassenärzte von Groß-Berlin die gegenwärtigen kassenärztlichen Verträge nach § 203 des V.G.B. für hinfällig. Er jedoch demgemäß den kassenärztlichen Organisationen auszusprechen wird, die Verträge zu kündigen und um keine Unterbrechung in der ärztlichen Versorgung der Versicherten eintreten zu lassen, ersucht der Zentralverband unter Vorbehalt aller Rechte der Kassenärzte innerhalb einer Frist von 10 Tagen um Erklärung, ob die Krankenkassen bereit sind, mit ihnen in sofortige Verhandlungen einzutreten, die innerhalb sechs Wochen nach Beginn beendet sein müssen.“

Arbeiter-Bildungsschule U. S. P. Berlin.

Sonntag, den 11. April, nachmittags 4 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Schilderstraße 5/6, Eingang 8: Fortsetzung des Vortrages der Genossin Dr. Anna Siemien über literarische Themen (Der Naturalismus — Gerhart Hauptmann). Hörsaal 1 Mark. Am Dienstag, den 12. April: Fortsetzung des Vortrages der Genossin Siemien über literarische Themen. Hörsaal 1 Mark. Am Donnerstag, den 15. April: Fortsetzung des Vortrages der Genossin Siemien.

Geschäftsverläufe im Milchhandel.

Die Verteilung des Milchhandels bei der Heilmilch-Groß-Berlin (Milch) bildet um Aufnahme nachstehender Warnung. Frühe Erhebungen haben in den letzten Monaten Preissteigerungen und Preisrückgängen bei dem Ansteigen von Milchpreisen gemacht. Durch gewissenlose Geschäftsleute, vielfach mit Hilfe von Vermittlern, welche 10 Prozent und mehr von der Kaufsumme erheben, wird geschäftsunehrliche Wettbewerbsunterstützung durch Verhinderung der Milchlieferung zu unehrlich hohen Preisen versucht. Demnach muß hier werden, daß die Verteilung im Milchhandel eine mehr oder weniger ist, deshalb auch keine hohen Preise für Milchprodukte zulässig. Zur Abklärung des Milchhandels ist die folgende Vereinbarung

...bedarfs auch jeder ...

...der amtlichen ...

...Strasse 5, und ...

Wir möchten ...

Winterdorf ...

Verantwortlich ...

Der diesjährige ...

Winterdorf ...

Verantwortlich ...

Verband d. Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Die Urabstimmung über die Vorlage ...

Zähne v. 4 ...

Haut-, Harn-, Geschlechts- advertisement with logo

Kupfer, Messing, Zinn, etc. advertisement

Speditionen-Aenderung advertisement

Metalle advertisement

Revolution ist Jede Nummer! advertisement

HEUTE FREIE WELT advertisement

KLEINE ANZEIGEN

Verkaufe: Großer Verkauf allerhand ...

Köpenicker Straße 101: Gardinen, Möbel, etc.

Möbel: Schlafzimmer, Küche, etc.

Platinabfälle, Zahngebisse, etc.

Blitterschellack, Leim, etc.

Ueber Höchstpreise, etc.

Achtung! Spiralböhren, etc.

Erfinder, Patentbureau, etc.

Verkaufe: Großer Verkauf allerhand ...

Möbel: Schlafzimmer, Küche, etc.

Verkaufe: Großer Verkauf allerhand ...

Köpenicker Straße 101: Gardinen, Möbel, etc.

Möbel: Schlafzimmer, Küche, etc.

Verkaufe: Großer Verkauf allerhand ...

Möbel: Schlafzimmer, Küche, etc.

Möbel: Schlafzimmer, Küche, etc.

Verkaufe: Großer Verkauf allerhand ...

Platinabfälle, Zahngebisse, etc.

Möbel: Schlafzimmer, Küche, etc.

Verkaufe: Großer Verkauf allerhand ...

Blitterschellack, Leim, etc.

Möbel: Schlafzimmer, Küche, etc.

Verkaufe: Großer Verkauf allerhand ...

Ueber Höchstpreise, etc.

Möbel: Schlafzimmer, Küche, etc.

Verkaufe: Großer Verkauf allerhand ...

Achtung! Spiralböhren, etc.

Möbel: Schlafzimmer, Küche, etc.

Verkaufe: Großer Verkauf allerhand ...

Erfinder, Patentbureau, etc.